



China – Report

Februar 2024

1) China erfüllte 2023 mit 5,2 Prozent BIP-Steigerung selbstgestecktes Ziel, doch blieben einige Provinzen weit dahinter zurück

Mit einem BIP-Wachstum von 5,2 Prozent für 2023 konnte Peking vermelden, dass das selbst gesteckte Ziel von „ungefähr 5 Prozent“ erreicht wurde. Auf lokaler Ebene stimmt dieses positive Resümee jedoch nur teils. Von den 31 chinesischen Provinzen erreichten nur 14 ihre selbst gesteckten Wachstumsziele, wie eine Analyse der Zeitung Caixin zeigt.

Eine [Karte zum BIP-Wachstum Chinas in 2023](#) zeigt insgesamt ein uneinheitliches Bild. So erreichten beispielsweise die weit entwickelten Stadt-Provinzen Beijing und Tianjin ihre Ziele, ebenso aber auch wirtschaftlich weit davon entfernte Provinzen und Regionen wie Tibet, die Innere Mongolei, Gansu oder Qinghai.

Ebenso enthält auch die Liste der Provinzen und Städte auf Provinzrang, die ihre Ziele verfehlten, wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelte Regionen. So erzielte die nordostchinesische Provinz Heilongjiang mit nur 2,6 Prozent das geringste BIP-Wachstum aller chinesischen Provinzen und lag 3,4 Prozentpunkte unterhalb der eigenen Ziele. Für Jiangxi, eine Provinz im Landesinneren, sind die erzielten 4,1 Prozent Wachstum ebenfalls gering, wenn man sie mit den anvisierten 6 Prozent vergleicht. Der Wert lag hier sogar noch unter dem aus 2022, als die Anti-Covid-Maßnahmen große Teile des öffentlichen Lebens gelähmt hatten.

Die zum Teil erheblichen Differenzen zwischen den selbst gesteckten Zielen und dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum in einzelnen Provinzen sind Ausdruck der ursprünglich großen Erwartungen nach dem Ende der Covid-Einschränkungen. In der Realität jedoch verlangsamte sich das BIP-Wachstum im Laufe des Jahres regional teils stark. Die Immobilienkrise mit Entwicklerpleiten und dem Preisverfall für Wohnungen und Bürogebäude trug ihren Teil dazu bei.

Für das Jahr 2024 sind viele Provinzregierungen nun vorsichtiger in ihren Prognosen. Mit 16 Provinzen setzen mehr als die Hälfte der Provinzregierungen für 2024 niedrigere BIP-Wachstumsziele als für 2023. 11 Provinzregierungen setzen ein gleiches oder ähnliches Wachstumsziel wie für das Jahr 2023. Lediglich Beijing und Tianjin setzen ihre Ziele für das Jahr 2024 um jeweils 0,5 Prozentpunkte höher, als sie es zu Beginn des Jahres 2023 taten. Im gewichteten Durchschnitt beträgt das BIP-Wachstumsziel aller Provinzen nach Analyse von Citic Securities 5,41 Prozent. Es wird damit gerechnet, dass die Zentralregierung erneut ein Wachstumsziel von 5 Prozent ausrufen wird, womit sie bei der traditionellen Linie von einem nationalen Ziel bliebe, das um 0,5 Prozentpunkte unter den addierten Durchschnittswerten der Provinzen liegt.

2) Mieten für Büroräume in Peking fallen

In Peking sind [Büroräume günstiger](#) zu haben als früher. Ein Überangebot an Büroimmobilien zusammen mit der Reduzierung von Geschäftsräumen besonders in der Internet-Branche führt zu sinkenden Mieten in der Hauptstadt.



China – Report

Februar 2024

Der Abwärtstrend der Mietpreise setzt sich damit fort. Wie Daten von Statista zeigen, sanken die Preise seit 2018 kontinuierlich von knapp 400 Yuan pro Quadratmeter im 3. Quartal 2018 auf nunmehr etwas mehr als 300 Yuan im dritten Quartal 2023. Mit einem von DTZ errechneten Wert von 297,9 Yuan pro Quadratmeter für Büroflächen der Kategorie A im 4. Quartal 2023 wurde jüngst ein neuer Tiefstwert erreicht.

Grund für die sinkenden Preise ist ein Überangebot an Büroimmobilien in der Hauptstadt. Mehr als ein Fünftel der Kategorie-A-Büroräume in Peking stehen laut Daten des britischen Immobilienmaklers Savills Plc. leer. Darüber hinaus wies der Markt für Büroräume laut des Analyseunternehmens Cushman & Wakefield insgesamt eine Negativrate auf, was bedeutet, dass mehr Mietverträge für Büroräume gekündigt als neu abgeschlossen wurden.

Ein Teil des Leerstands erklärt sich durch die Verlagerung von Büros aus der Hauptstadt weg in Vororte oder andere, günstigere Städte Chinas. Darüber hinaus ist aber auch ein großer Teil des Leerstands auf Umstrukturierungen von Unternehmen in der Internet-Branche zurückzuführen. Nach den aggressiven Expansionen der letzten Jahre haben inzwischen viele Tech-Unternehmen begonnen, die Büros ihrer einzelnen Abteilungen zusammenzulegen. Laut Colliers International mieteten die großen Internetunternehmen in China noch im Jahr 2021 1,47 Millionen Quadratmeter, doch reduzierten sie die angemietete Fläche in den letzten zwei Jahren auf inzwischen nur noch 1,26 Millionen Quadratmeter.

Auch für die nähere Zukunft rechnen Analysten nicht mit einer Stabilisierung der Mietpreise. Solange die Leerstandrate bei über 20 Prozent liege, gäbe es keine Möglichkeit für ein Erreichen des Tiefstands, ist Li Yuan, Managing Director von Collier International Beijing, überzeugt. Je länger der Leerstand anhalte, desto stärker werde der Druck zu weiteren Mietpreissenkungen, so Li. Für 2024 rechnet Li daher mit einem weiteren Preisverfall.

3) Gesetzesentwurf für außerschulische Bildungsangebote veröffentlicht

Das chinesische Bildungsministerium hat einen [Gesetzesentwurf](#) für Angebote der außerschulischen Bildung für Kinder und Jugendliche wie Nachhilfeunterricht und Hobbykurse veröffentlicht. Zwei Jahre nach dem massiven und plötzlichen Verbot von privaten Nachhilfe- und Hobbyschulen, der zu einem Markteinbruch für private Bildung in China führte, versprechen die neuen Regeln nun ein Wiedererstarken des Marktes, dieses Mal aber unter Regierungskontrolle.

Der Gesetzesentwurf mit 20 Artikeln sieht eine Reihe von Maßnahmen und Auflagen vor, unter denen Privatbildung wieder legal angeboten werden darf. Außerschulische Privatbildung wird dabei definiert als „organisierte und systematische“ Trainings, die außerhalb des formalen Bildungssystems für Kinder und Jugendliche im Alter vom Kindergartenbesuchs bis zur höchsten Schulklasse stattfinden.

Die Regeln sehen eine strenge Kontrolle der Bildungsangebote durch die Behörden auf der lokalen Ebene und der Provinzebene vor. Sowohl die Betreiber von Trainings in physischen Klassenzimmern als auch die Anbieter von Onlinekursen müssen ihre Tätigkeiten und Kursinhalte genehmigen lassen.



China – Report

Februar 2024

Die Anforderungen sehen eine klare Trennung zwischen dem staatlichen Schulsystem und den privaten Ergänzungsangeboten vor. So dürfen beispielsweise Lehrer, die an staatlichen Schulen angestellt sind, keine Nachhilfekurse an privaten Schulen anbieten. Dadurch soll ein bisher weit verbreitetes Modell verhindert werden, bei dem an staatlichen Schulen angestellte Lehrer ein privates Interesse daran haben, ihre Schüler zu privat bezahlter Nachhilfe zu verpflichten. In vielen Schulen war es zuvor üblich, dass die Schulensuren von Schülern durch die Teilnahme am Nachhilfeunterricht ihrer Lehrer beeinflusst wurden. Mit der Trennung soll diese Form der Korruption verhindert werden.

Gleichzeitig will der Staat mit den neuen Regeln die Kontrolle über die Formen und Inhalte der außerschulischen Bildung erhalten. So müssen sich nicht nur alle Lehrpersonen der privaten Bildungseinrichtungen durch die Bildungsbehörden zertifizieren lassen, sondern müssen auch alle verwendeten Lehrmaterialien angemeldet und lizenziert werden. Gegenüber der bis zum Crackdown der privaten Bildungseinrichtungen im Jahr 2021 üblichen Verwendung auch ausländischer Lehrmaterialien dürfte die Pflicht zur Anmeldung zu einer Beschränkung der Materialien und letztlich Angleichung der Angebote führen.

Auch über die Preisgestaltung will die Regierung mit den neuen Regeln in den Markt für die Bildungsangebote eingreifen. Während früher beispielsweise private Sprach- und Musikschulen ihre Preise selbst festlegten, sind die Anbieter den neuen Regeln zufolge an staatlich vorgegebene Preise gebunden. Darüber hinaus begrenzt das Gesetz auch die Gruppe derjenigen, die außerschulische Bildungsangebote durchführen dürfen. Im Bereich der Angebote für Schüler im Alter der Klassen eins bis neun dürfen nur als Non-Profit registrierte Organisationen Kurse anbieten. Auf einer staatlichen Online-Plattform, auf der sich bislang mehr als 100.000 solcher Organisationen registriert haben, sollen Eltern dann standardisierte Kurse für ihre Kinder buchen können.

Mit dem neuen Gesetz will die chinesische Regierung einen vielfachen Spagat schaffen. Auf der einen Seite will sie den Markt für außerschulische Bildungsangebote wiederbeleben, der nach dem Crackdown stark zurückgegangen und teils ins Illegale verlegt wurde. Auf der anderen Seite will sie eine Rückkehr zu einem System verhindern, in welchem die Privatbildung so stark ausuferte, dass allein das Einkommen der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entschied. Kinder sollen nicht länger dem Druck zur Belegung von Kursen bis in die späte Nacht hinein ausgesetzt werden. Schulische Korruption durch die Vermischung von staatlicher und privater Bildung soll verhindert werden.

4) Chinas Banken senken den Leitzins für Wohnkredite

Chinesische Banken senken Leitzinsen, da die Wirtschaft ins Wanken gerät, [so das WSJ](#). Das Land kämpft mit Deflation, rückläufigen Exporten und einem anhaltenden Immobilienabschwung. Die wirtschaftliche Misere Chinas hat politische Entscheidungsträger und staatliche Banken dazu veranlasst, eine eskalierende Reihe von Abhilfemaßnahmen zu versuchen. Ihr jüngster Versuch: Eine überraschend aggressive Senkung des Leitzinses. **Die People's Bank of China teilte am Dienstag mit, dass Chinas Großbanken den Leitzins für fünfjährige Kredite, einen Maßstab für Wohnungsbaudarlehen, von zuvor 4,2 % auf einen neuen Tiefststand von 3,95 % gesenkt hätten.** Es war die größte Senkung seit Einführung des Zinssatzes vor fünf Jahren und deutlich drastischer als Ökonomen erwartet hatten. Die Maßnahme war ein weiterer Schritt in Chinas breit angelegter Kampagne, den kriselnden Immobilienmarkt zu stützen und eine Wirtschaft zu unterstützen, die mit Deflation, rückläufigen Exporten und schwindendem Verbrauchervertrauen zu kämpfen hat. Die meisten Analysten hatten mit einer



China – Report

Februar 2024

Senkung des Leitzinses für fünfjährige Kredite um 0,05 oder 0,10 Prozentpunkte gerechnet. Die letzte Zinssenkung für fünfjährige Anleihen erfolgte im Juni.

Während die Zinssenkung hilfreich ist, sagen Ökonomen, dass die Wirtschaft in Wirklichkeit eine Erhöhung der Staatsausgaben braucht, um das Wachstum anzukurbeln und Chinas langwierige Immobilienkrise zu beenden. Peking zögert jedoch, die hohen Schulden Chinas mit einem großen Konjunkturprogramm zu erhöhen und ist entschlossen, die Exzesse aus einem Immobilienmarkt zu beseitigen, der in seiner Blütezeit rund ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung Chinas ausmachte. Das Ergebnis ist, dass Analysten in diesem Jahr erneut eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung erwarten – und in den kommenden Jahren wahrscheinlich ein langsames Wachstum, da die Behörden versuchen, eine Verlagerung der Wirtschaft weg von einer übermäßigen Abhängigkeit von Immobilien und hin zu hochwertiger Produktion und Konsum herbeizuführen.

5) Foreign Direct Investment sinkt auf 30-Jahrestief

Laut offizieller Daten sind die Investitionen von im Ausland ansässigen Unternehmen in China auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken. Dies ist laut der Asia Nikkei ein Zeichen dafür, dass ausländische Unternehmen China aufgrund härterer Maßnahmen gegen Spionage und US-Sanktionen verlassen. Nach Angaben der State Administration of Foreign Exchange **beliefen sich Chinas ausländische Direktinvestitionen im Jahr 2023 netto auf 33 Milliarden US-Dollar, was einem Rückgang von etwa 80 Prozent gegenüber 2022 entspricht.** Die Zahl war positiv, da Neuinvestitionen die Abflüsse noch immer überstiegen. Aber die ausländischen Direktinvestitionen gingen bereits im zweiten Jahr in Folge zurück und betragen inzwischen weniger als 10 Prozent ihres Höchststands von 344 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021.

Ausländische Unternehmen haben ihre Aktivitäten in China reduziert, nachdem sich die chinesische Regierung stärker auf den Schutz der nationalen Sicherheit konzentriert hatte, einschließlich der Bekämpfung von Spionage. **Die Behörden verschärften ihre Kontrolle über Forschungsunternehmen, die Marktanalysen und andere Aktivitäten durchführten, und es gab sogar Berichte über die Inhaftierung von Mitarbeitern ausländischer Unternehmen.** Laut Financial Times hat das amerikanische Forschungsunternehmen Gallup letztes Jahr beschlossen, sich aus China zurückzuziehen. US-amerikanische und europäische Unternehmen führen vor Investitionen oft umfangreiche Recherchen zu den Geschäftsbedingungen durch, doch diese Arbeit soll sich bei vielen Rechercheunternehmen aufgrund der im Juli in Kraft getretenen Überarbeitungen des Anti-Spionage-Gesetzes verzögert haben. „Wir waren nicht in der Lage, die für neue Investitionen erforderlichen Untersuchungen ausreichend durchzuführen“, sagte ein leitender Angestellter eines amerikanischen Unternehmens. Japanische Unternehmen haben ähnliche Bedenken. In einer im November und Dezember durchgeführten Umfrage unter japanischen Unternehmen, die in China tätig sind, äußerten mehrere Befragte Bedenken hinsichtlich ihres Alltagslebens aufgrund der Unsicherheiten über das Anti-Spionage-Gesetz und stellten fest, dass die Zentrale in Japan Investitionsvorschläge nicht genehmigte. Da die USA den Zugang Chinas zu modernen Halbleitern einschränken, verlagern sich Chip-Unternehmen eindeutig aus dem Land. **Nach Angaben der Rhodium Group entfielen im Jahr 2018 48 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen im Chipbereich auf China, im Jahr 2022 sank dieser Wert jedoch auf 1 Prozent.** In diesem Zeitraum stiegen die ausländischen Direktinvestitionen im Chip-Bereich in den USA von 0 auf 37 Prozent, während der gemeinsame Anteil Indiens, Singapurs und Malaysias von 10 auf 38 Prozent stieg.



China – Report

Februar 2024

6) China bietet Ungarn neue Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen an

Wang Xiaohong, Chinas Minister für öffentliche Sicherheit hat beim Besuch in Ungarn Unterstützung in Fragen der öffentlichen Sicherheit angeboten. Anlass des Besuchs von Wang in Ungarn war ein Jubiläum: China und Ungarn feiern 75 Jahre diplomatische Beziehungen. Wang sagte, er hoffe, dass die Zusammenarbeit „ein neuer Höhepunkt der bilateralen Beziehungen“ in Bereichen wie der Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität sein werde. Wang traf auch Innenminister Sándor Pintér und unterzeichnete Dokumente über die Zusammenarbeit in den Bereichen Strafverfolgung und Sicherheit, berichtete [Xinhua](#) am Sonntag, nannte aber keine Einzelheiten.

Dem gegenüber steht die NATO, die sich um eine Ausweitung ihres Verteidigungsnetzwerks in Europa bemüht. Obwohl Teil der [EU](#) und auch der [Nato](#) – hat Ungarn in den letzten Jahren unter Regierungschef Viktor Orbán danach gestrebt, seine Verbindungen nach Russland und China auszubauen, oftmals zum großen Ärger der westlichen Partner. So ist Ungarn der einzige NATO-Staat, der den Antrag Schwedens auf Beitritt zum Sicherheitsblock nicht ratifiziert hat.

Aus China sind immer wieder kritische Worte über die Nato zu hören, insbesondere nachdem das Bündnis im vergangenen Jahr erklärt hatte, dass Peking mit seinen „Ambitionen und seiner Zwangspolitik“ seine Interessen, seine Sicherheit und seine Werte infrage gestellt habe. Chinesische Staatsmedien bezeichneten die Nato als eine „ernste“ Herausforderung für den Weltfrieden und die Stabilität, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Der Sicherheitspakt mit Ungarn stellt einen diplomatischen Pfeiler für China in der Europäischen Union dar, da die EU ihre Beziehungen mit der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt wegen Differenzen über Menschenrechte, Handel und Russlands Invasion in der Ukraine eher zurückhaltend anlegt. Die wachsende Affinität Ungarns zu Peking hat längst einen Keil in die gemeinsame Front der EU getrieben. Bei mehreren Gelegenheiten hat Ungarn kritische EU-Positionen zu Themen wie Menschenrechte beiseitegeschoben oder sich ihnen widersetzt und chinesische Investitionen begrüßt. In Ungarn befindet sich auch die größte Logistik- und Produktionsbasis von [Huawei Technologies](#) außerhalb Chinas, obwohl die [Europäische Kommission](#) davor warnt, dass der Telekommunikationsriese ein Risiko für die Sicherheit der EU darstellt. Ungarn wird bald auch die erste europäische Fabrik des chinesischen Autoherstellers BYD beherbergen.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-Asien“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de



China – Report

Februar 2024

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.